
Vorsitz: Schweden

1334. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES

1. Datum: Donnerstag, 2. September 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 18.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter T. Lorentzson

Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß der Vorsitz den neuen Ständigen Vertreter Aserbaidschans bei der OSZE, S. E. Botschafter R. Sadigbayli willkommen.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DES LEITERS DER OSZE-PRÄSENZ IN ALBANIEN**

Vorsitz, Leiter der OSZE-Präsenz in Albanien (PC.FR/29/21/Corr.1 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/1388/21), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (PC.DEL/1344/21 OSCE+), Türkei (PC.DEL/1367/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1332/21), Norwegen (PC.DEL/1346/21), Schweiz (PC.DEL/1374/21 OSCE+), Italien (Anhang 1), Albanien (PC.DEL/1334/21 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: **BERICHT DES LEITENDEN BEOBACHTERS DER OSZE-BEOBACHTERMISSION AN ZWEI RUSSISCHEN KONTROLLPOSTEN AN DER RUSSISCH-UKRAINISCHEN GRENZE**

Vorsitz, Leitender Beobachter der OSZE-Beobachtermission an zwei russischen Kontrollposten an der russisch-ukrainischen Grenze (PC.FR/30/21 OSCE+) (PC.FR/31/21 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1389/21), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1335/21) (PC.DEL/1337/21), Türkei (PC.DEL/1377/21 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/1372/21) (PC.DEL/1371/21), Schweiz (PC.DEL/1381/21/Corr.1 OSCE+), Ukraine, Kanada (PC.DEL/1359/21 OSCE+), Russische Föderation (Anhang 2) (PC.DEL/1384/21 OSCE+), Slowenien – Europäische Union, Deutschland (auch im Namen Frankreichs) (Anhang 3), Ungarn (PC.DEL/1373/21 OSCE+), Georgien

Punkt 3 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

Vorsitz

- (a) *Russlands fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine und rechtswidrige Besetzung der Krim*: Ukraine, Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/1390/21), Vereinigtes Königreich, Türkei (PC.DEL/1378/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1342/21), Kanada (PC.DEL/1361/21 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/1350/21 OSCE+)
- (b) *Die sich verschlechternde Lage in der Ukraine und die fortgesetzte Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainischen Behörden*: Russische Föderation (PC.DEL/1364/21), Ukraine
- (c) *Internationaler Tag der Opfer des Verschwindenlassens am 30. August 2021*: Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und der Ukraine) (PC.DEL/1391/21), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1347/21) (PC.DEL/1348/21), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (PC.DEL/1363/21), Ukraine, Aserbaidschan (PC.DEL/1383/21 OSCE+) (PC.DEL/1382/21 OSCE+), Turkmenistan, Armenien, Kanada (PC.DEL/1360/21 OSCE+)
- (d) *Besorgnisse über die zunehmende Repression in der Russischen Föderation im Vorfeld der Wahlen zur Staatsduma am 19. September 2021*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1351/21), Vereinigtes Königreich, Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien,

Montenegro und Nordmazedonien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit Georgien und der Ukraine) (PC.DEL/1392/21), Kanada (PC.DEL/1365/21 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/1379/21 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/1366/21 OSCE+)

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Unterrichtung über das monatliche Schwerpunktthema des schwedischen OSZE-Vorsitzes für September 2021, die Zivilgesellschaft: Vorsitz*
- (b) *Abschließendes Treffen des 29. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE am 9. und 10. September 2021 in Prag und über Videokonferenz: Vorsitz*
- (c) *Zweite Botschafterklausur am 13. und 14. September 2021 in Wien: Vorsitz*
- (d) *Logistische Modalitäten für das achtundzwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE, das am 2. und 3. Dezember 2021 in Stockholm stattfindet (MC.INF/1/21 OSCE+): Vorsitz*
- (e) *Vom schwedischen OSZE-Vorsitz organisierte Sportveranstaltung am 18. September 2021: Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts der Generalsekretärin (SEC.GAL/115/21 OSCE+): Generalsekretärin*
- (b) *Neuester Stand der COVID-19-Situation in den Durchführungsorganen der OSZE: Generalsekretärin (SEC.GAL/115/21 OSCE+)*
- (c) *Besuch der Generalsekretärin in Helsinki am 27. August 2021: Generalsekretärin (SEC.GAL/115/21 OSCE+)*
- (d) *Reaktion des OSZE-Sekretariats auf die Lage in Afghanistan: Generalsekretärin (SEC.GAL/115/21 OSCE+), Albanien, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1369/21), Kanada, Frankreich, Norwegen (PC.DEL/1370/21), Afghanistan (Kooperationspartner)*

Punkt 6 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 16. September 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1334. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1334, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ITALIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Italien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Zunächst möchte auch ich Botschafter Del Monaco herzlich willkommen heißen und ihm und der gesamten OSZE-Präsenz in Albanien meinen aufrichtigen Dank für die bewundernswerte Arbeit und die bedeutenden Ergebnisse, die in den letzten Jahren erreicht wurden, aussprechen. Trotz der schwierigen Arbeitsbedingungen aufgrund der Pandemie hat die OSZE-Präsenz in Albanien zahlreiche Aktivitäten in allen drei Dimensionen der Sicherheit (politisch-militärische, Wirtschaft- und Umwelt und menschliche Dimension) erfolgreich durchgeführt und die fruchtbare Zusammenarbeit mit den albanischen Institutionen, den Medien und der Zivilgesellschaft des Landes weiter gepflegt, wie aus den gelungenen Präsentationen heute Morgen hervorging.

Italien unterstützt aus tiefster Überzeugung die Arbeit der OSZE in Albanien und anerkennt ihren wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Umsetzung unserer gemeinsamen Verpflichtungen. Zu diesem Zweck sind wir an der Seite der OSZE an einigen Projekten in vorrangigen Bereichen beteiligt.

Im Einklang mit dem Engagement und der Aufmerksamkeit, die auf internationaler Ebene der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption gewidmet wird, hat Italien im Laufe der Jahre die Arbeit der OSZE in Albanien zu diesen Themen stets unterstützt - zuletzt durch ein Projekt zur Stärkung der Transparenz und der Korruptionsbekämpfung in den Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen. Die vor kurzem aufgenommene strukturierte Partnerschaft zwischen der OSZE-Präsenz in Albanien, der nationalen Korruptionsbekämpfungsbehörde Italiens und der entsprechenden Institution in Albanien (dem obersten Rechnungshof) zur Bekämpfung der Korruption ist ein weiteres Beispiel für den beständigen und fruchtbaren Dialog, der auch auf bilateraler Ebene die zahlreichen Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen den italienischen Behörden (vom Justizministerium bis zur nationalen Anti-Mafia-Staatsanwaltschaft und der Finanzpolizei) und ihren albanischen Kollegen kennzeichnet. Korruptionsbekämpfung und Justizreform sind auch zentrale Elemente im Hinblick auf Albaniens Integration in die Europäische Union.

Darüber hinaus unterstützt Italien die Arbeit der OSZE-Präsenz in Albanien zur Stärkung des Dialogs mit der jüngeren Generation durch spezifische Ausbildungsprojekte und -kurse. Mit besonderer Freude finanzieren wir ein Projekt, bei dem es um den Beitrag junger Menschen zu Frieden und Sicherheit geht.

Schließlich möchte ich auch die Bedeutung der Kommunikationsinitiativen hervorheben, die von der OSZE-Präsenz in Albanien gefördert werden, um den Austausch über unsere gemeinsamen Verpflichtungen zu verbessern und die Rolle der Organisation in diesem Land zu stärken. Diese Initiativen sind überaus interessant und ich erhoffe mir von ihnen, dass sie zunehmend als Richtschnur für wirksame und gezielte Kommunikation dienen werden, durch die die Sichtbarkeit der OSZE erhöht und die Würdigung ihres unverzichtbaren Beitrags zur Sicherheit und Stabilität in Europa gefördert werden können.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1334. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1334, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

wir heißen den verehrten Botschafter György Varga im Ständigen Rat willkommen. Wir danken für den Bericht. Seit dem Eintreffen der Beobachtermission in Russland und während der gesamten Dauer ihrer Tätigkeit beobachtete die Mission eine durchweg ruhige Situation an der Grenze, ohne Bewegungen von Truppen oder militärischer Ausrüstung.

Die Entsendung von Beobachterinnen und Beobachtern in russisches Hoheitsgebiet sollte sich positiv auf die Beilegung der innerukrainischen Krise auswirken und die ukrainische Regierung dazu veranlassen, ihr Versprechen gegenüber den Menschen in der Ukraine zu halten und im Donbass ihr Vorgehen zur Unterdrückung der Protestkundgebungen mit Waffengewalt zu beenden. Bedauerlicherweise hat weder die frühere noch die derzeitige Regierung in der Ukraine nennenswerte Anstrengungen unternommen, um eine dauerhafte, umfassende politische Beilegung des innenpolitischen Konflikts im Osten des Landes herbeizuführen.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass die jahrelangen Bemühungen Russlands zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für eine Beilegung der Krise in der Ukraine, unter anderem durch die Einladung, OSZE-Beobachter und -Beobachterinnen auf russisches Hoheitsgebiet zu entsenden, nicht die gebührende Wertschätzung erfahren haben. Die heutigen Erklärungen einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten zeugen von ihrer offenkundig auf Konfrontation ausgerichteten, antirussischen Haltung. Die von der Mission bestätigte normale Situation an der Grenze ist für sie lediglich ein Ärgernis und dient als Vorwand, um unbegründete Anschuldigungen gegen Russland zu erheben.

Die übereifrigen „Mentoren“ der ukrainischen Regierung versuchen diese Geste des guten Willens von Russland als eine Art Verpflichtung unseres Landes und als angeblich wesentlichen Bestandteil des Prozesses zur Beilegung der Krise in der Ukraine darzustellen. Sie stellen eine künstliche Verbindung zwischen der Arbeit der Mission und den Minsker Vereinbarungen her, in denen die Mission als solche kein einziges Mal vorkommt. Muss ich Sie wirklich an die allgemein bekannte Tatsache erinnern, dass die Beobachterinnen und Beobachter auf Einladung Russlands kamen, noch bevor es die Minsker Vereinbarungen überhaupt gab?

Die Versuche, die Präsenz der Mission auf russischem Hoheitsgebiet für propagandistische Angriffe gegen Russland zu nutzen, werden einfach immer mehr. Ganz offensichtlich mit dem Ziel, von der Nichtumsetzung der gesamten Palette an Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen durch die ukrainischen Behörden abzulenken und eine Rechtfertigung dafür zu liefern, dass die ukrainische Regierung einem direkten Dialog mit den Vertretern des Donbass über eine politische Lösung ausweicht. Zusätzlich beschäftigen sich die „Einflüsterer“ der Ukraine im Ausland weiterhin aktiv mit der Militarisierung und militärischen Ausbeutung des Landes und schüren und fördern die kriegerischen Bestrebungen der Hitzköpfe in Kiew. Damit helfen sie, das Paradigma einer militärischen Lösung des Konflikts im Donbass zu festigen. In diesem Sommer wurden auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine militärische Übungen mit Beteiligung einer Reihe von NATO-Ländern durchgeführt, bei denen unter anderem offensive Operationen in städtischen Gebieten und Spezialeinsätze zur „Säuberung“ von Siedlungen demonstrativ geübt wurden. Das alles untergräbt nur die Bemühungen der OSZE, eine Beilegung des innerukrainischen Konflikts zu vermitteln, und macht die Arbeit ihrer Feldoperationen zunichte.

Wir haben wiederholt warnend auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese Tatsachen bei der Abwägung der Perspektiven für eine Verlängerung des Mandats der Mission zu berücksichtigen. Unsere Hinweise haben jedoch keine entsprechende Reaktion bewirkt. Ich bin heute befugt, Ihnen mitzuteilen, dass die Russische Föderation keinen Grund für eine Verlängerung des Mandats der Mission nach dessen Ablauf am 30. September 2021 sieht. Und diese Entscheidung wird nicht revidiert. Wir denken, dass die Beobachtermission in der Lage sein wird, die verbleibende Zeit sinnvoll zu nutzen, um alle notwendigen administrativen Verfahren für die Beendigung ihrer Tätigkeit durchzuführen.

Botschafter Varga,

gestatten Sie mir, gesondert auf Ihre Bemühungen um eine konzertierte Arbeit der Mission einzugehen, die sogar während der Pandemie ohne Unterbrechung fortgesetzt wurde. Dies ist in erheblichem Maße ihren persönlichen Verdiensten zu verdanken, die sich auf höchste Professionalität und ein effizientes Zusammenwirken mit den Behörden des Gastlandes Russland gründen, das Sie entwickelt haben.

Gerne betonen wir, dass ein Teil dieser Zusammenarbeit in der gemeinsamen Fürsorgepflicht für die Gesundheit des Missionspersonals bestand. Wir möchten Sie daran erinnern, dass Russland als Beitrag zur Gewährleistung sicherer Arbeitsbedingungen für die Beobachterinnen und Beobachter eine unentgeltliche Impfung gegen COVID-19 mit Sputnik V zur Verfügung stellte, und dass die meisten Ihrer Kolleginnen und Kollegen von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben. Es ist dies das erste Beispiel einer systematischen Impfung des Personals einer OSZE-Feldoperation.

Abschließend möchte ich Ihnen, verehrter Botschafter Varga, und allen Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Mission nochmals aufrichtig für Ihre Arbeit danken und Ihnen beste Gesundheit wünschen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1334. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1334, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS
(AUCH IM NAMEN FRANKREICHS)**

Frau Vorsitzende,

ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch im Namen Deutschlands und Frankreichs noch einige ergänzende Bemerkungen als Antwort auf die Wortmeldung der Russischen Föderation machen.

Frankreich und Deutschland bedauern, dass Russland nun nicht nur gegen eine viermonatige Verlängerung des Mandats der Grenzbeobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk ist, sondern auch gegen eine Verlängerung an sich und somit gegen deren Weiterbestehen.

Die Grenzbeobachtermission liefert wichtige objektive Fakten und Informationen über die Lage an der russisch-ukrainischen Grenze an den beiden erwähnten Kontrollposten. Sie stellt ein wichtiges vertrauensbildendes Instrument dar und ist Teil der Konfliktlösungsbemühungen der OSZE.

Wir erinnern daran, dass das Minsker Protokoll die ständige Beobachtung der Grenze und die Verifizierung durch die OSZE verlangt und dass im Minsker Maßnahmenpaket auch die Verpflichtung enthalten ist, die volle Kontrolle der Ukraine über ihre gesamte internationale Grenze wiederherzustellen.

Im Normandie-Format verfolgen Frankreich und Deutschland ihre Bemühungen um die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Eine wirksame und umfassende Beobachtung der russisch-ukrainischen Staatsgrenze ist unerlässlich – auch durch die Grenzbeobachtermission –, um die Sicherheitslage zu verbessern und eine nachhaltige politische Lösung für den Konflikt zu finden.

Ich darf Sie daran erinnern, dass die Einrichtung der Mission und die Billigung ihres Mandats von den vier Außenministern des Normandie-Formats angestoßen wurden, um die Transparenz an der russisch-ukrainischen Grenze zu verbessern und so das Vertrauen wiederherzustellen.

Zu unserem tiefen Bedauern wird durch die Weigerung Russlands, das Mandat der Grenzbeobachtermission zu verlängern, unwiderruflich die Transparenz gemindert und das Vertrauen erschüttert. Eine solche Entscheidung wäre umso enttäuschend, als die Russische Föderation vor einem Monat schließlich einer teilweisen Verlängerung des Mandats der Beobachtermission – um zwei statt um vier Monate – zugestimmt und damit einen unnötigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Mission verursacht hat. Aber zumindest stellte Russland das Bestehen der Mission nicht mehr infrage. Wir können keinen Grund erkennen, der jetzt eine derartige Entscheidung Russlands rechtfertigen würde.

Sie wäre ein falsches und negatives Signal, das Buchstaben und Geist der Minsker Abkommen zuwiderläuft. Sie würde die massiven Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, mit denen die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine seit Jahren in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten und insbesondere in der Nähe der Grenze konfrontiert ist, noch verstärken.

Wir fordern die Russische Föderation auf, zu einem konstruktiveren Ansatz zurückzukehren, um eine tragfähige Lösung zu finden, die unserem gemeinsamen Ziel dient, die Transparenz zu erhöhen und Vertrauen aufzubauen.